

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/207

29. Oktober 1974

Offenheit und nüchterner Realismus

Erste Schritte der Ostpolitik auf neuem Terrain

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Dem freiheitlichen Sozialismus verpflichtet

Anmerkungen zum 100. Geburtstag von Rudolf Breitscheid

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Forschung im Dienst der Gesundheit

Eine Sparte der Wissenschaft, die jedem Bürger nutzt

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie und
Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 86 37 - 38
Telek: 06 86 846 - 40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Offenheit und nüchterner Realismus

Erste Schritte der Ostpolitik auf neuem Terrain

Schon der Beginn des ersten Moskau-Besuchs, den Helmut Schmidt als Bundeskanzler unternimmt, hat gezeigt, daß beide Seiten entschlossen sind, aus der Aufbauphase der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die sich an das bahnbrechende Vertragsabchlußwerk der Ära Brandt/Scheel angeschlossen hat, schrittweise auf ein neues Terrain der Festigung und Vollendung der Normalisierung nach vorn zu gehen.

Der positive Ansatz und Vorsatz des Kanzlers ist ganz augenscheinlich auf die wache Bereitschaft des KPdSU-Generalsekretärs gestoßen, das Angebot Schmidts anzunehmen und mit aller gegenseitigen Offenheit und mit ebenso beiderseitigem nüchternen Realismus "über den Tag hinaus" diese neue Dimension des deutsch-sowjetischen Verhältnisses zu verwirklichen. Um aus den Vokabeln in klares Deutsch überzugehen, soll das heißen, daß die UdSSR und die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Regierungsrepräsentanten ihr großes Engagement erklärt haben, entsprechend der Interessenlagen der beiden Staaten die Entspannung tatkräftig voranzutreiben und dabei alle Elemente zu berücksichtigen, die förderlich oder auch nichtförderlich sein können und sie in großer Offenheit miteinander zu besprechen und zur Klärung zu bringen.

Dieser Entschluß, in dessen Rahmen beide Seiten alle Probleme erfassen wollen, birgt zugleich den Willen, die mit diesem ersten Kanzler-Besuch Schmidts zum Normalfall gewordene Konsultierung zu einer Institutionalisierung der Kooperationskontakte zu bringen. Man stellt sich vor, daß etwa die beiden Außenminister jedenfalls spätestens alle zwölf Monate

regelmäßig zusammenkommen, um aktuelle und ungeklärte Fragen zu erörtern und der Lösung zuzuführen. Wenn es erforderlich sein sollte, können auch neue Cheftreffen erfolgen, ohne daß solche Begegnungen dann noch einen spektakulären Charakter haben.

Schmidt und Breschnjew, die gleich ihre ersten längeren Kontakte genutzt haben, um jeweils den anderen wissen zu lassen, daß er es mit einem pathosfrei diskutierenden, nüchtern denkenden und sachlich agierenden Mann zu tun hat, legten insgesamt größten Wert auf die einander deckende Feststellung, daß sie die kontinuierliche Fortsetzung der deutschen Ostpolitik und der sowjetischen Westpolitik mit der notwendigen Beharrlichkeit und dem erforderlichen Mut auch auf lange Sicht betreiben wollen. Dabei kann es keine wirtschaftliche oder politische Einbahnstraße geben. Beide Bereiche müssen parallel miteinander und zueinander gesehen und realisiert werden. Die sowjetische Führung hat unter Breschnjew im ökonomischen Bereich sehr pointierte Vorstellungen für eine großräumige industrielle Kooperation. Das alles wird man sorgfältig zu prüfen und abzusichern haben, aber im Prinzip gibt es hier schon einen gewissen Gleichklang.

Die Moskauer Gespräche werden bis Mittwochnachmittag weitergeführt werden. Dabei wird im Rahmen des politischen Themenbereichs natürlich auch die Berlin-Frage eingehend erörtert werden. Breschnjew hat mit dem deutlichen Hinweis auf die Notwendigkeit, das Vier-Mächte-Abkommen strikt einzuhalten, zunächst nur einen Teil des Komplexes angesprochen. Der Kanzler hat mit der klaren Feststellung, daß dazu verklammert auch die volle Anwendung gehört, den Bonner Standpunkt unmißverständlich dargelegt. Die große Perspektive der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwingt zur positiven Klärung.

Erhardt Eckert
(-/29.10.1974/bgy/pr)

+ + +

Dem freiheitlichen Sozialismus verpflichtet

Anmerkungen zum 100. Geburtstag von Rudolf Breitscheid

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die Politiker der Weimarer Republik, die nach 1945 wieder aktiv mitgearbeitet oder die Gestaltung unseres demokratischen Lebens miterlebt haben, sind stärker im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit als der Lebensweg mancher Politiker der Weimarer Zeit, die in der Emigration oder in den Konzentrationslagern durch Hinrichtung starben, soweit sie nicht unmittelbar durch die Ereignisse des 20. Juli, wie z.B. Julius Leber, im Bewußtsein geblieben sind. Rudolf Breitscheid gehört zu jenen weithin in der Öffentlichkeit vergessenen Männern; er verdient es deshalb, daß wir daran erinnern, daß am 2. November 1974 sein 100. Geburtstag ist.

Der Weg von Rudolf Breitscheid in der Politik begann bei den Liberalen, und es war eigentlich selbstverständlich, daß er im Umkreis von Friedrich Naumann, dessen Programm eines sozialen Liberalismus zwischen 1900 - 1910 die politisch engagierte Jugend anzog, zu finden war. Als Redakteur liberaler Blätter und Geschäftsführer des Handelsvertragsvereins hat er seine politische Karriere begonnen. Von der "Freisinnigen Vereinigung", der er sich zunächst anschloß, wandte er sich der "Demokratischen Vereinigung" zu, die er mit Theodor Barth gegründet hatte, und leitete sie, bis er nach einer Wahlniederlage gegen den Sozialdemokraten Wolfgang Heine in seinem Wahlkreis Dessau unterlag. Danach wandte er sich der SPD zu und wurde bald Mitarbeiter an Stampfers Pressekorrespondenz; er entfaltete eine rege politische Aktivität.

Als sich die SPD im Ersten Weltkrieg spaltete, entschied er sich für die USPD, die Unabhängigen Sozialdemokraten, für die er als Innenminister

in die preußische Revolutionäregierung eintrat. 1920 wurde er in den Reichstag gewählt. Rudolf Breitscheid gehörte dann zu jenen, die wesentlichen Anteil an der Wiedervereinigung der zerstrittenen Mehrheitsozialisten und der Unabhängigen zur SPD hatten. In der SPD errang er bald eine führende Position. Er wurde einer der Fraktionsvorsitzenden und außenpolitischen Sprecher; in dieser Funktion zählte er zu den glänzenden Rednern des Reichstages. Er war nach den Worten des früheren Reichstagspräsidenten Paul Loebe einer, der "jeden zugeworfenen Ball mit Elastizität auffing und dessen Auseinandersetzungen für Freund und Feind einen Genuß darstellten". Er war ein leidenschaftlicher Anhänger der Verständigungspolitik der Weimarer Republik und trat auch in dunklen Tagen für eine Politik der Aussöhnung mit Frankreich ein. Hier hat er an der Spitze der Sozialdemokratischen Fraktion sechs Jahre hindurch die Außenpolitik Gustav Stresemanns loyal und mit großem Mut mitgetragen.

Der Niedergang der Republik und die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten führten dazu, daß Rudolf Breitscheid die Heimat verlassen mußte. Die erhoffte Zuflucht in den Vereinigten Staaten erreichte er nicht mehr. Zusammen mit seinem Freund Hilferding wurde er in Frankreich von den Vichy-Behörden der Gestapo übergeben. Nach Verhören in Berlin, die fast ein Jahr andauerten, führte ihn sein Weg nach Buchenwald, der letzten Station in seinem bewegten Leben. Dort starb er am 24. August 1944 unter nicht ganz geklärten Umständen.

Auch wer den Weg Breitscheids an manchen Stationen kritisch verfolgt und würdigt, muß doch die Erinnerung an einen Mann hochhalten, dessen Leben und Arbeit von den Grundprinzipien des freiheitlichen Sozialismus getragen waren.

(-/29.10.1974/ks/pr)

+ + +

Forschung im Dienst der Gesundheit

Eine Sparte der Wissenschaft, die jedem Bürger nutzt

Von Hans Matthöfer MdB

Bundeminister für Forschung und Technologie und Mitglied des Vorstandes der SPD

Das überaus positive Echo auf die Aktivität, die die Bundesregierung unter dem Motto "Forschung und Technologie im Dienst der Gesundheit" entfaltet, hat unterstrichen, was oft unterschätzt wird: Schutz, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit sind Anliegen, die in der Wertekala breitester Bevölkerungsschichten ganz oben rangieren und gesellschaftspolitisch von größter Bedeutung sind. Hier liegen bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten, Forschungspolitik und die Bedeutung von Forschung für die Lebensbedingungen für den Bürger verständlich zu machen.

Bei der Aufstellung von Leistungsbilanzen dieser Koalition ist dies nicht immer genügend beachtet worden, obwohl das, was wir vorweisen können, imponierend genug ist: Nicht weniger als 1,3 Milliarden DM wird allein der Bundesforschungsminister von 1974 bis 1978 für Medizin-Forschung und -technologie aufwenden. Wir konzentrieren uns dabei besonders auf die Bekämpfung der Erkrankungen, die wegen ihrer großen Häufigkeit für uns alle eine Gefahr darstellen: Herz-Kreislauf-Krankheiten und Krebs laufen einander mit immer neuen Rekordziffern förmlich den Rang ab.

Wenn diese beiden Krankheiten allein statistisch jeden Dritten oder Vierten einmal treffen, müßte sich eigentlich jeder wegen seines persönlichen Schicksals dafür interessieren, daß alles getan wird, um sie zu bekämpfen. Unser wissenschaftlich-technisches Potential in diesem Bereich wird bisher nicht genügend genutzt. Dadurch wird der Kampf gegen die Krankheit auf breitester Front noch behindert. Auf den Gebieten von Vorbeugung, Früherkennung, Diagnose und Therapie muß deshalb neuen Technologien gezielt zum Durchbruch verholfen werden. Nur dies ermöglicht Maßnahmen, die der Verbrei-

tung der genannten und anderer Volkskrankheiten angemessen sind.

Aus der Palette bereits laufender Vorhaben will ich nur wenige Beispiele herausgreifen: Das Projekt "Bildanalyse in der Medizin" wird wesentliche Fortschritte in der Krebsfrüherkennung bringen. Mit Methoden der Mustererkennung wollen wir sichere und frühe Diagnosen vor allem des Unterleibskrebesses ermöglichen. Weitgehende Automatisierung und einfache Bedienbarkeit der Geräte werden die Voraussetzungen für breite Reihenuntersuchungen schaffen.

Auf dem Gebiet der Herz-Kreislauf-Erkrankungen stehen technische Hilfen zur Erhaltung wichtiger Lebensfunktionen noch nicht ausreichend zur Verfügung. Die Entwicklung von Blutpumpen, Antriebsaggregaten, von Steuer- und Regleinrichtungen steht deshalb im Mittelpunkt eines 13-Millionen-Projektes, das diese Frage aufgreift.

In einer Zeit, in der die Zahl der Opfer von Verkehrs- und Berufsunfällen immer noch unglaublich hoch ist, kommt neben den Anstrengungen der Bundesregierung zur Unfallverhütung der Rehabilitation der Unfallopfer besondere Bedeutung zu. Eine wichtige Voraussetzung für eine wirksame Hilfe ist die Entwicklung körperverträglicher Werkstoffe, die als Knochen- oder Gelenkersatz lange im Körper verbleiben können, ohne neue Schäden zu verursachen. Hierfür werden wir in den nächsten drei Jahren elf Millionen DM aufwenden.

Neben derartigen krankheitsorientierten Projekten ist als Querschnittsaufgabe der allgemeine Einsatz der Möglichkeiten von größter Bedeutung, die uns die elektronische Datenverarbeitung bietet. Sie kann auf vielfältige Weise Vorsorge, Diagnose und Therapie entscheidend erleichtern und qualitativ verbessern helfen. Ein Informationsverbund unter den Gesundheitseinrichtungen kann wichtige Daten rechtzeitig bereitstellen und damit Leben retten.

Hier wird sinnfällig, wie sehr gerade die Datenverarbeitung unmittelbar die Bürger in unserem Lande angeht. Unsere Anstrengungen, hier die Entstehung und Erhaltung eigener bzw. europäischer Kapazitäten zu sichern, muß auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Sie dienen - dem Leitmotiv sozialdemokratischer Forschungspolitik folgend - dem Ziel, die Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs auf einer Vielzahl von Gebieten sicherzustellen. Zum Beispiel eben auch dort, wo es um die Gesundheit geht.

(-/29.10.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller